

Liebe Genossinnen und Genossen,



der Juni war und ist ein arbeitsintensiver Monat für den Kreisvorstand.

Die ersten Sitzungen der Arbeitsgruppen haben stattgefunden. So tagte die AG inner-

parteiliche Demokratie und Parteiorganisation am 1. Juni und wird vielleicht noch einmal am 20. Juni tagen. Die AG Nachhaltigkeit und Zukunft hat am 6. Juni und die AG Gesellschaft am 8. Juni getagt. Alle Sitzungen drehten sich um das kommende Wahlprogramm und um die Interessen aus

Ostholstein. Im August werden die Sitzungen fortgeführt. Die Termine werden rechtzeitig im Ostholsteinbrief bekannt gegeben. Ihr könnt sie aber auch in unserem Terminkalender nachlesen. Was, ihr kennt den Terminkalender unserer Kreisgeschäftsstelle nicht? Jeden Donnerstag aktualisiert Jörg den Terminkalender und sendet ihn an alle Mitglieder mit bekannter E-Mail-Adresse.

Am 15. Juni hatten wir unsere turnusgemäße Kreisvorstandssitzung. Dieses Mal hatten wir die Bundeswehr, unsere Standorte in Ostholstein zu Besuch. Leider wollte der neue Kommandeur aus Eutin nicht mit uns sprechen. Zu politisch....? Na ja! Am 16. Juni besuchte uns Ralf Stegner im Wahlkreis. Bei Bericht von der Abendveranstaltung bei der Kreis-AsF schließt sich an. Am 9. Juni haben wir den auf dem

Kreisparteitag gefassten Beschluss über die genfreie Region Ostholstein in eine Veranstaltung auf dem Museumshof umgesetzt. Einen ausführlichen Bericht findet ihr auf Seite drei und vier.

Schwer was los in der Politik in Ostholstein. Die ganzen Termine der Kreistagsfraktion sind in dieser Zusammenfassung nicht einmal erwähnt. Leider begleitet uns die örtliche Presse nicht so, wie wir es gern hätten. Deshalb machen wir diese Zeitung. Gebt sie weiter und erzählt anderen davon. Wir brauchen uns nicht zu verstecken. ■

Mit roten Grüßen
Euer

Kreisvorsitzender

Ralf Stegner und Lars Winter besuchen die ostholsteiner AsF



Welche Lehren hat die SPD aus dem schlechten Abschneiden im Herbst 2009 gezogen und wie stellen wir uns auf, um die Schwarz-Gelbe Politik in Schleswig-Holstein endlich zu beenden? Das waren die Fragen, die die Ostholsteiner Genossinnen an diesem Abend erörterten.

Frauen legen mehr Wert auf Nachhaltigkeit in politischen Entscheidungen und regieren sensibler auf Ungerechtigkeiten und Unwahrheiten als Männer. Fukushima und die Debatten um den Atomausstieg erscheinen Männern eher als „technische“ Probleme, während Frauen sich die Folgen für nachfolgende Generationen vergegenwärtigen. Auch das Thema Gerechtigkeit bewerten Frauen stärker und nehmen Unwahrheiten keinesfalls als strategisches Mittel sondern als Lügen wahr.

Die SPD steht für das Gerechtigkeitsprinzip: Wer gleiche Pflichten hat, soll auch gleiche Rechte haben, soll gleiches Geld für gleiche Arbeit bekommen und auch steuerlich gerecht behandelt werden.

Das ist in der Realität nun wahrlich nicht der Fall. Den anwesenden Frauen und Ralf Stegner erscheint die Quote ein sinnvolles Mittel zu sein, um alte Strukturen zu verändern. Er mahnte hier aber auch den Umgang untereinander bereits in den Ortsvereinen an, erinnert daran, dass sich auch die Kreisverbände den Forderungen der Frauen nach politischer Teilhabe stellen sollten. „Bei uns finden sich gute Frauen auf ordentlichen Listenplätzen wieder“, sagt er.

Nur dann, wenn Frauen in der SPD reelle Möglichkeiten haben, parteipolitische

Ämter zu besetzen und parlamentarische Mandate wahrzunehmen, werden sie auch zukünftig die SPD unterstützen.

Das Thema kostenfreie Bildung, Bildungsgerechtigkeit war ebenfalls Thema, auch wenn klargestellt wurde, dass Frauenpolitik nicht gleichzusetzen ist mit Familienpolitik. „Frauen sind nicht nur Mütter!“, machte Sandra Redmann, MdL, deutlich.

Swantje Meininghaus als Vorsitzende der ostholsteinischen AsF war zufrieden mit diesem Abend. „Uns allen ist klar, dass es keine geschlechterneutrale Wirklichkeit gibt. Daher sollten wir als Partei darauf achten, Frauen und Männer in Entscheidungsprozesse einzubinden und gemeinsame Ziele zu definieren. Wir sind auf dem Weg, aber noch nicht am Ziel!“ ■



Meine Meinung

Peter Ninnemann

ist Sprecher der Bürgerinitiative TsT (Tourismusort statt Transitort), die sich mit der Problematik der Festen Fehmarnbelt-Querung und den in diesem Zusammenhang verheerenden Auswirkungen auf die ökonomischen und ökologischen Folgen für Timmendorfer Strand und die gesamte Lübecker Bucht befasst.

Mehr Demokratie wagen? Traut Euch!

Impressum

SPD Kreisverband Ostholstein
Lübecker Straße 6, 23701 Eutin
Telefon: 04521/5957
Mail: kv-ostholstein@spd.de
Internet: www.spd-ostholstein.de

V.i.S.d.P.: Kreisvorsitzender Lars Winter
Schlußredaktion: Beate Müller-Behrens

Willy Brandts Witz

In der ungarischen Provinz finden in den 70-er Jahren Wahlen statt. Die Bauern erhalten verschlossene Umschläge, um sie in die Urne zu stecken.

Ein Bauer will seinen Umschlag öffnen. Der Vorsitzende der Wahlkommission ist außer sich: „Was hast du vor du Unglücksmensch?“

„Ich will nur wissen, für wen ich stimme.“

„Ja, weißt du denn nicht, dass die Wahl geheim ist?“ ■

Auch wenn das geplante Dialogforum zur Festen Beltquerung/Hinterlandanbindung ein positiver Ansatz der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung zu mehr Bürgerbeteiligung ist, so sind die Vorgaben kontraproduktiv. „Es geht nur noch um das Wie, nicht um das Ob“, so führende Vertreter im Kieler Landeshaus. Der Staatsvertrag beinhaltet aber auch eine Ausstiegsklausel (Art. 22), von den Befürwortern gern verschwiegen.

Die Karte 22 kann schon jetzt gezogen werden: Kostenverdoppelung auf 1,7 Milliarden Euro laut Bundesrechnungshof und laut Bahn Halbierung der Verkehrsprognosen von 149 auf ca. 75 Taktungen. Zahlen, die wenige Wochen nach der Ratifizierung in Berlin bekannt wurden. Sind die Abgeordneten getäuscht worden?

Schnell wurde noch ein sensationelles Nutzen-Kostenverhältnis-Gutachten des Bundes nachgeschoben. Demnach ist die Feste Beltquerung/Hinterlandanbindung mit 6,7 : 1 eine Gelddruckmaschine. Ein investierter Euro refinanziert sich demnach mit unglaublichen sechs Euro und 70 Cent! Herr Arp von der Landesregierung hat dann auch sofort erklärt, dass die Kosten für eine sozialverträgliche Hinterlandanbindung nicht gedeckelt werden ... Das Schreiben habe ich mir eingerahmt.

Das renommierte Planungsbüro Vie Gregg und Rössler, München, hat dann Wasser in den Wein gegossen, die Methodik untersucht und kam anschließend auf einen Fehlbetrag von 0,67 : 1 Euro. Ein Euro refinanziert sich nur mit 67 Cent. Ein Milliardengrab. Siehe auch TV-Video ARD Kontraste unter www.tst-ev.de. Volkswirtschaftliche Verluste durch Lärm bei

Trassenanliegern und im Tourismus nicht gerechnet. Auch nicht die möglichen Arbeitsplatzverluste. 600 bei Scandlines und 1.400 bei Zulieferern und je nach Trassenverlauf zwischen 400 und 800 Arbeitnehmern im Tourismus. Siehe Gutachten HTC des Kreises OH (!) vom 24.8.2010, Betroffenheitsanalyse. Zerstörung von FFH-Gebieten inklusive.

Ob Stuttgart oder Feste Beltquerung, der Bürger, der Souverän (?), darf nachträglich eigentlich nur noch abnicken und zahlen was kaum noch veränderbar ist, weil Tatsachen geschaffen wurden. Die beklagte katastrophale Wahlbeteiligung ist Ergebnis dieser „Politik“ .

Jetzt wurde auch noch bekannt, daß regelmäßig radioaktive Brennstäbe (Gefahrtgutklasse 7) durch den Kreis per LKW transportiert werden. In Zukunft werden die Brennstäbe eine Stunde früher über Fehmarn in Schweden ankommen. Europa-Visionen nur ein Ablenkungsmanöver für den (gut-)gläubigen Bürger? Oder knallharte private Renditeerwartungen, von den Bürgern finanziert.

Anfragen zu Atomtransporten wurden immer wieder mit: „Ist uns nicht bekannt“ beschieden. Danke für die vielbeschworene Transparenz. Was sagt der Kreis, das Land, die Opposition? Wie gefährlich sind die Transporte? Wir erwarten, wie manch aufgeschreckter Bürgermeister, eine Antwort.

Die Frage ist nicht „Ob“, sondern „Wie“ der Souverän 2012 die Zusammensetzung des schleswig-holsteinischen Landtages bestimmen wird.

Mehr Demokratie wagen – traut Euch, liebe Volksvertreter! ■

MITGLIEDSCHAFT ZUM SCHNUPPERN



JETZT TESTEN!
FÜR NUR 2,50 € IM MONAT



Veranstaltung im Museumshof Lensahn

Ostholstein soll gentechnikfreie Region werden

Auf dem letzten Kreisparteitag hat sich die SPD-Ostholstein fast einstimmig dafür ausgesprochen, dass der Kreis Ostholstein gentechnikfreie Region werden soll. Die Kreistagsfraktion hat diesen Auftrag gleich in ihr Programm mit aufgenommen und so stand das Thema bereits zur letzten Ausschusssitzung für Natur, Umwelt, Bau und Verkehr auf der Tagesordnung. Dort haben wir allerdings feststellen müssen, dass es noch erheblichen Informationsbedarf bei den Abgeordneten der anderen Fraktionen gibt. Bevor der Antrag abgelehnt wurde, haben unsere VertreterInnen den Antrag zunächst zurück gezogen.



Auf Anregung von unserer Landtagsabgeordneten aus dem Süden, Sandra Redmann, hat der Kreisvorstand am 9. Juni zu einer öffentlichen Diskussionsrunde auf dem Museumshof in Lensahn eingeladen. Auf dem Podium haben der Landtagsabgeordnete Lothar Hay (SPD), der 1. Vorsitzende des Kreisbauernverbandes Ostholstein-Lübeck, Herr Heinrich Kröger, die Landesvorsitzende von Bioland e.V., Frau Barbara Rudolf und der 1. stellvertretende Landesvorsitzende des Imkerverbandes Schleswig-Holstein/Hamburg, Herr Dietrich Ramert Platz genommen. Sandra Redmann hat die Begrüßung und ich selbst die Moderation übernommen. Das Schlusswort hielt unser Kreistagsfraktionsvorsitzender Burkhard Klinie.

Weitere Gäste der Verbände Demeter, Naturland e.V. und vom Ökoring durften wir darüber hinaus begrüßen. Leider war die Resonanz unserer Genossinnen und Genossen eher verhalten. Und das, obwohl wir doch auch Landwirte aus der Region zu unseren Mitgliedern zählen.

Trotzdem oder vielleicht deshalb entwickelte sich eine sehr gute, tiefgreifende Diskussion um das Thema der grünen, der

Agrogentechnik. Ausgeklammert wurden die Bereiche der roten Gentechnik (Gentechnik mit Organismen mit rotem Blut) und der weißen Gentechnik (Industrieprozesse, Enzyme).

Frau Rudolf von Bioland e.V. forderte eine Rückbesinnung auf die Symbiose Mensch-Pflanze, Pflanze-Mensch. Denn mit den heutigen technischen Möglichkeiten gibt es die Gleichberechtigung zwischen Mensch und Pflanze nicht mehr. Frau Rudolf hält eine große gesellschaftliche Debatte über die ethische Frage der grünen Gentechnik für erforderlich, da diese nie geführt wurde. Sie gibt zu bedenken, dass die eigene Freiheit auch die Freiheit des Anderen ist. Es ist immer eine Frage der Koexistenz. Mit der Einführung der grünen Gentechnik ist die Koexistenz nicht mehr möglich. In Kanada ist bereits ein unumkehrbarer Prozess mit der Aussaat von gentechnisch verändertem Raps und Soja entstanden, da durch Wind und Bienen eine Vermischung der Pflanzen verursacht wurde. „Es zählt nicht nur der wirtschaftliche Erfolg. Man muss auch auf Techniken verzichten können. Zum Erhalt des natürlichen Systems“, so die Forderung von Frau Rudolf.

Herr Kröger vom Bauernverband sah das erwartungsgemäß etwas anders. Auch wenn er einräumt, dass es innerhalb seines Verbandes unterschiedliche Auffassungen gibt. Er berichtet, dass der Norden der Republik offener für das Thema der grünen Gentechnik ist. Der Süden sieht das Thema kritischer. Er persönlich betrachtet es pragmatisch und nicht emotionell. Die Gefahr der Einführung kann Herr Kröger nicht erkennen. Zumindest nicht in Ostholstein. Aufgrund der vorgeschriebenen Abstandsflächen gibt es in Ostholstein wenige bis keine Flächen, die in Frage kämen. In Mecklenburg-Vorpommern käme der Einsatz gentechnisch behandelten Saatguts eher in Betracht. Unumstritten ist auch für ihn, dass der Endverbraucher derzeit keine Lebensmittel mit gentechnisch veränderten Grundsubstanzen erwerben will. Deshalb werden die Landwirte in Ostholstein bislang auch auf den Anbau verzichten. Sie sind darauf angewiesen, ihre Produkte zu verkaufen. Auf meine Nachfrage hin, dass sich der Bauernverband dann ja dafür aussprechen könne, dass sich seine Mitglieder

mit einer Selbstverpflichtung erklären und keine gentechnisch behandelten Saatgüter aussähen. Dann hätten wir doch die gentechnikfreie Region Ostholstein. Doch so weit wollte Herr Kröger nicht gehen. Er persönlich will sich nicht der Freiheit berauben zu handeln, wie es der Markt hergibt. „Die kleinen Saatgutzüchter hören auf und es gibt so gut wie keine Nachfolger. Bald sind wir ausschließlich auf industrielles Saatgut angewiesen. Spätestens dann diktieren andere, was angebaut wird“, so das Fazit von Herrn Kröger.

Auch wenn es in der EU eher deutliche Ablehnung zur Agrogentechnik gibt, so wird in Regionen wie Afrika, wo Chinesen, Russen und Inder riesige Flächen aufkaufen, nur genverändertes Saatgut Verwendung finden. Die WHO hingegen sieht in der Agrogentechnik die Möglichkeit den Lebensmittelmangel in der dritten Welt zu begegnen. Doch Untersuchungen haben ergeben, dass genveränderte Pflanzen keinen höheren Ertrag zur Folge haben.



Herr Ramert vom Imkerverband wies darauf hin, dass 85% der landwirtschaftlichen Flächen von Bienen bestäubt werden. Deshalb ist die Hauptforderung der Imker, dass die Pollen nicht belastet sind. Denn nur unbelasteter Honig ist verkäuflich. Und darum geht es den Imkern im Wesentlichen. Herr Ramert räumt ein, dass es auch in der Vergangenheit natürliche Mutationen gab. Nun wird es künstlich beschleunigt. Er fragt provokant nach, warum alle neuen Techniken verteufelt werden und bezieht sich dabei auf die Debatten um die Einführung der Lokomotive. „Wir müssen uns danach richten, wie der Mensch überlebt. Nicht danach, was er will. Das kann kein Argument sein“, so Ramert. Er sieht die Gefahren eher im Wirtschaftsfaktor Wasser. Bereits heute stauen Nationen das

Wasser um selbst genug für die Landwirtschaft oder die Stromerzeugung zu haben. Da interessiert es nicht, was die dem Wasserverlauf nachfolgenden Nationen brauchen. Für den Einsatz von genverändertem Saatgut ist erheblich mehr Wasser erforderlich. Die Beseitigung des Welthungers durch Agrogentechnik ist nicht möglich. Das ist bewiesen. Nun kommen Informationen über schädliche Wirkungen der Agrogentechnik an die Öffentlichkeit. Über Resistenzen beim Menschen im Krankheitsverlauf. Über wesentlich höheren Pestizideinsatz. Aus seiner Sicht fehlen die Argumente für die Agrogentechnik.

Lothar Hay ging auf die ablehnende Position der SPD auf Bundes- und Landesebene zur grünen Gentechnik ein. Es gibt zwar unterschiedliche Meinungen zur möglichen Koexistenz von Gen- und traditionellem Anbau, doch ist unbestritten, dass gentechnisch behandeltes Saatgut im Freilandversuch schlechtere Erträge ergab. Er bemängelte, dass es zu wenig Angebote von Universitäten zur Biolandausbildung gibt. Er unterstützt die zuvor geäußerte Forderung von Herrn Kröger, mehr für

die landwirtschaftliche Forschung zu unternehmen. Eine Umfrage hat ergeben, dass 95% der Menschen keine agrogentechnisch veränderten Lebensmittel haben wollen.

In der sich anschließenden Diskussion wurde festgestellt, dass mit der Agrogentechnik Fakten geschaffen werden. Und das ausschließlich aus Profitgründen von Firmen. Es wurde darauf hingewiesen, dass zu befürchten steht, dass die amerikanische Sichtweise der Haftungsfrage die traditionellen Landwirte teuer zu stehen kommen kann. Bislang wehre sich die EU noch erfolgreich gegen das amerikanische Ansinnen. Die Bauernverbände müssen



mehr Druck auf die Saatguthersteller ausüben. Aufgrund der Größe dieses Berufsverbands bestehen durchaus Möglichkeiten, die bislang nicht genutzt werden, kritisieren die Biolandbauern.

Es wird über erfolgreiche Projekte berichtet, wie mit produziertem Humus auch Wüsten wieder urbar gemacht werden können. Es ist zwar ein langer Weg, aber es lohnt sich ihn zu gehen.

Informationen zur Agrogentechnik gibt es im Internet und bei der SPD-Kreisgeschäftsstelle. Auch Gemeinden können gentechnikfreie Regionen werden. Die Bad Schwartauer SPD hat einen Antrag in Vorbereitung. Wer das Thema für seine Gemeinde aufgreifen möchte, setzt sich bitte mit Sandra Redmann oder mit mir in Verbindung. Es ist ein Thema, das die Menschen berührt und beschäftigt. Setzt euch in euren Gemeinden für die gentechnikfreie Region ein. Die SPD-Ostholstein wird sich weiter dafür stark machen. ■

Lars Winter
SPD-Ostholstein
Kreisvorsitzender

Pressemitteilung

Folgt die CDU Ostholstein dem Dithmarscher Beschluss: Keine Elternbeteiligung an Schülerbeförderungskosten?

Der Dithmarscher Kreistag hat letzte Woche bei nur einer Enthaltung die vom Land vorgesehene Beteiligung der Eltern an den Schülerbeförderungskosten abgelehnt. Alle Fraktionen im Kreistag, CDU, SPD, UWH, Linke, Grüne und FDP, haben sich gegen die Schülerbeförderungskosten ausgesprochen, trotz der Warnung des Landrates Dr. Jörn Klimnat, dass sie dann gegen geltendes Recht verstoßen.

Von allen Fraktionen wurde im Kreistag die Rechtmäßigkeit des Landesgesetzes angezweifelt. Sie waren sich einig, eine Entscheidung darüber, ob sich die Eltern von Fahrern an den Kosten der Beförderung beteiligen müssen oder nicht, sei allein Sache der Kreise. Kiel nehme dem Kreis Dithmarschen in diesem Fall das Recht auf kommunale Selbstverwaltung. Der Landrat von Dithmarschen sieht die Beteiligung der Eltern als zwingend an und wird gegen den Beschluss Widerspruch einlegen.

Die Fraktionen sehen diese Warnung vom Landrat gelassen. Wenn der Kreistag bei seiner Beschlussfassung bleiben sollte, muss Innenminister Schlie (CDU) die Satzung in allerletzter Konsequenz per Ersatzvornahme in Kraft setzen. Die Kraftprobe, wer gegen geltendes Recht verstößt, läuft.

Solange kein Gericht ein Urteil gesprochen hat, werden sich die Fraktionen im Kreistag nicht unterstellen lassen, einen Rechtsbruch zu begehen.

Die CDU/FDP Regierung in Kiel will auf dem Rücken der Eltern ihren Haushalt sanieren.

Der SPD Fraktionsvorsitzende Klinke fordert die Fraktionen im Kreistag von Ostholstein, CDU, FWG, Grüne (FDP hat sich enthalten, Linke keine Position vertreten) auf, am 28. Juni im Kreistag dem Beispiel von Dithmarschen zu folgen und keine Schülerbeförderungskosten zu erheben. Die CDU soll ihren Antrag zurück-

ziehen. Sie will, dass die Eltern für das erste Kind 60,-€ und für das zweite Kind 30,-€ zahlen. Damit hat die CDU dem Beschlussvorschlag der Verwaltung eine Abfuhr erteilt, diese wollte für das erste Kind im Grundschulbereich 80,- €, für Kinder an weiterführenden Schulen 135,-€.

Klinke fordert seinen Kollegen von der CDU, Herrn Rüder, auf nicht ständig gebetsmühlenartig den Satz „Sonst verstoßen wir gegen das Gesetz und wir wollen uns den Zorn des Ministers nicht zuziehen.“ zu wiederholen.

Klinke ruft abschließend alle Fraktionen im Kreistag auf: „Lassen sie uns gemeinsam auf der Kreistagssitzung am 28. 6. 2011 keine Schülerbeförderungskosten erheben, lassen sie uns gemeinsam dem Beispiel des Dithmarscher Kreistags folgen.“ ■

Burkhard Klinke
Fraktionsvorsitzender

Gedanken des Juso-Landesvorstandes zum Landtagswahlkampf

Wahlkampf im Jahr 2011 muss neue Wege gehen. Eine veränderte Gesellschaft und ein verändertes Parteiensystem stellen die SPD vor Herausforderungen, auf die sie Antworten finden muss. Bürgerinnen und Bürger verlangen nach mehr Beteiligung. Sie wollen in ihrer individuellen Lebenssituation ernst genommen werden und sind dann auch bereit sich an politischen Prozessen zu beteiligen. Wahlkampf ist nicht seriös, wenn er erst unmittelbar vor einer Wahl beginnt.

Die SPD Schleswig-Holstein nimmt deswegen eine Vorreiterrolle ein. Sie bringt die Ideen der Jusos nach regionalen Konferenzen zur Erstellung des Wahlprogramms und die Idee unseres designierten Spitzenkandidaten Torsten Albig für einen „Bürgerparteitag“ zusammen. Der SPD Landesvorstand initiiert in enger Kooperation mit den Kreisverbänden 15 Veranstaltungen zur Ideensamm-

lung für unser Wahlprogramm. Zu diesen Veranstaltungen werden Genossinnen und Genossen, aber vor allem auch Bürgerinnen und Bürger eingeladen.

Dem Konzept des „World-Cafes“ folgend werden an verschiedenen im Raum verteilten Tischen BürgerInnen zusammen mit GenossInnen über jeweilige Schwerpunktthemen (z.B. Bildung, Energie, Verkehr, usw.) diskutieren und Vorschläge erarbeiten. Die Anwesenheit lokaler MdL's für zu erwartende Nachfragen ist hierbei ausdrücklich erwünscht. Der Spitzenkandidat wandert während der Veranstaltung von Tisch zu Tisch, kommt mit WählerInnen, aber auch mit der Parteibasis in einen Dialog und nimmt Eindrücke auf. Zum Ende der Veranstaltungen gibt es jeweils eine Zusammenfassung der Ergebnisse. Diese fließen dann in das Konzept für ein moder-

nes und wählernahes Wahlprogramm ein.

Aber: Bürgerbeteiligung gibt es nicht umsonst, für sie muss an anderen Stellen gespart werden. Die genaue Ausarbeitung obliegt hierbei dem Landesvorstand. Gleichwohl möchten wir uns schon jetzt mit konkreten Vorschlägen einbringen. So schlagen wir vor im kommenden Wahlkampf auf Wahlwerbepots in TV und Rundfunk zu verzichten. Wir schlagen des Weiteren vor, auf Großplakate zu verzichten, zumal das Geld für ihre professionelle Erstellung fehlt. Auch auf Leihfahrzeuge für LandtagskandidatInnen ist zu verzichten. Auf weitere „Stegner trifft ...“-Veranstaltungen ist zu verzichten.

Die SPD hat noch ein gutes Jahr Zeit bis zur Wahl. Jetzt ist es an der Zeit die Weichen zu stellen um Torsten Albig zum nächsten sozialdemokratischen Ministerpräsidenten zu machen.



Es liegt an uns allen, bereit zu sein, neue Wege zu gehen ■ .



Lebensmittelreste der Tafeln und Windeln

Entsorgungsgebühren belasten über Gebühr

Die Mitglieder der SPD-Kreistagsfraktion in der Verbandssammlung des Zweckverbands Ostholstein beantragten bei dem Vorsitzenden der Verbandssammlung die Aufnahme des Tagesordnungspunkts Verwendung von Anteilen aus den Erlösen der Entsorgungs-GmbH.

Antrag

Der Verbandsdirektor wird beauftragt, bei der Entsorgungs-GmbH folgende Regelungen herbeizuführen:

1. Auf Antrag sollen Kunden, bei denen durch ein ärztliches Attest nachgewiesen wird, dass wegen großer Mengen an Inkontinenzartikeln nach der öffentlich-rechtlichen Gebührensatzung Mehrkosten entstehen, diese aus den anteiligen Erlösen des ZVO übernommen werden.

2. Vergleichbares ist für die Entsorgung von Windeln in einzuführen.

3. Es soll, soweit rechtlich vergleichbar, auch erreicht werden, dass die Tafeln in Ostholstein von Entsorgungsgebühren für endgültig nicht mehr verwertbare Nahrungsmittel (incl. Verpackungen) freigehalten werden können.

4. Regelungen nach den Ziffern 1. bis 3. kommen nur insoweit in Frage, als entsprechende Leistungen nicht im Rahmen von Sozialleistungen – z. B. im Zusammenhang mit Wohngeld oder Ansprüchen nach SGB II oder XII – geltend gemacht werden oder nicht zumutbar anderweitig abgedeckt werden können.

Der Verbandsdirektor führt diese Beschlüsse in Absprache mit dem Abfallwirtschaftsausschuss – AWA – aus.

Begründung

Auch bisher werden nach Erörterungen und Beschlüssen im AWA und in der

Verbandsversammlung die Gewinne der Entsorgungs-GmbH grundsätzlich wieder in diesem Bereich, insbesondere auch zur finanziellen Stützung des Gebührenhaushalts, verwendet.

Als öffentlich rechtliche Körperschaft ist es Aufgabe des ZVO, innerhalb seiner Aufgabenstellung auch allgemeinen gesellschaftsrechtlichen und sozialpolitischen Aufgabenstellungen nachzukommen. Dieses gilt insbesondere schon deswegen, weil der Kreis Ostholstein bisher auf eine Gewinnabführung verzichtet und darüber hinaus selbst unabhängig davon mit eigenen Einnahmen ohne zusätzliche weitere Kreditaufnahme selbst nicht für diese Leistungen eintreten könnte. ■

Burkhard Klinke, Hermann Greve und Wolfgang Niemann, SPD Kreistagsfraktion

Anträge des SPD Kreisparteitags im Kreistag

Am 23. 5. 2011 wurden im Fachausschuss Natur, Umwelt, Bau und Verkehr die drei Anträge ÖPNV – Einführung einer Eigenbeteiligung bei einer Schülerbeförderung, der Kreis Ostholstein soll gentechnikfreie Region werden und Auftragsvergaben des Kreises Ostholstein behandelt, die vom KPT im März beschlossen worden waren. Ein Eindruck von der Debatte zur Energieversorgung aus regenerativer Energie im Kreistag.

Energieversorgung des Kreises Ostholstein aus regenerativen Energiequellen

Antrag der SPD-Fraktion

Peter Baldus trug den Antrag vor und erläuterte ihn. Zu diesem TOP lagen ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion vor.

Herr Straßburger (*Fachbereich Planung, Bau und Umwelt, Fachbereichsleiter*) führte aus, der Kreis Ostholstein habe im Januar 2011 gemeinsam mit acht weiteren Kreisen die Stromlieferleistung ausgeschrieben. Derartige Ausschreibungen müssten EU-Vorgaben und dem Wettbewerbsrecht entsprechen. Danach erhalte der günstigste Anbieter den Auftrag. Für die Liegenschaften des Kreises Ostholstein sind dies e.on-Hanse und die Stadtwerke Eutin (SWE). Die Aufträge wurden Anfang April erteilt und gelten für zwei Jahre. Der gelieferte Strom setzt sich aus folgenden Energieträgern zusammen:

	Kernkraft	Fossil	Erneuerbar
e.on-Hanse:	43,8%	36,4%	19,8%
SWE:	31,0%	48,0%	21,0%

Bei dem diesjährigen Ausschreibungsverfahren hat sich kein Ökostromanbieter beteiligt. Die Stromleistungen würden alle zwei Jahre ausgeschrieben, die nächste 2013. Sollte ein Wechsel zu einem evtl. teureren, aber zertifizierten Ökostromanbieter angestrebt werden, so müsse die Politik im nächsten Jahr die erforderlichen Entscheidungen treffen.

Herr Wollschläger (*CDU-Fraktionsmitglied und Kreistagsabgeordneter*) wies

darauf hin, dass im Kreis Ostholstein das Thema erneuerbare Energien durch Windkraft- und Photovoltaikanlagen bereits sehr gut repräsentiert werde. Weiterhin läge zu diesem TOP ein gemeinsamer Änderungsantrag der CDU- und der FDP-Fraktion vor.

Herr Jessen (*Bürgerliches Mitglied der Fraktion der Grünen*) stimmte dem SPD-Antrag im Prinzip zu, hält es für sehr wichtig, dass echter Ökostrom auch zertifiziert sein muss und verweist auf den ergänzenden Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Der Antrag der SPD sollte dahingehend ergänzt werden, dass die Verwaltung über den Aufbau eines Energiecontrollings die Potenziale und Energieeffizienz der kreiseigenen Liegenschaften bilanziert und die CO₂-Minderung darstellt und die Einsparungsziele erreichen kann.

Herr Specht (*Ausschussmitglied der FWG Freie Wählergemeinschaft*) ergänzte die Ausführungen seines Vorredners, die Anträge seien überflüssig, wenn der Atomausstieg stattfindet. Weiterhin solle Ökostrom möglichst am Ort der Entstehung verbraucht werden.

Herr Straßburger sagt zu, mit dem Fachdienst 6.65 (*Grundstücks- und Gebäudeservice*) und bis zur nächsten Sitzung ein Handlungskonzept zu entwickeln und vorzustellen, ggf. auch mit möglichen Auswirkungen auf den Haushalt (Software, Personalbedarf, Overheadkosten).

Nach kurzer Diskussion wurde über den Antrag der SPD-Fraktion und den Antrag der CDU-Fraktion abgestimmt. Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wurde zurückgestellt.

Beschluss zum Antrag der SPD

4 Ja-, 6 Nein-Stimmen, eine Enthaltung

Änderungsantrag der CDU-Fraktion

Die Fraktionen CDU und FDP stellen folgenden Änderungsantrag zur Beschlussfassung durch den Ausschuss: Bei der nächsten Ausschreibung für die Stromversorgung der kreiseigenen Liegenschaften müssen Anbieter aus regenerativen Energien beteiligt werden. Bei deutlichen Preisunterschieden entscheidet der Hauptausschuss über die Vergabe.

Begründet wurde der Antrag damit, dass der Kreis grundsätzlich mit gutem Beispiel vorangehen und Strom aus regenerativen Energiequellen nutzen sollte. Da die Vergabe für Stromlieferungen gerade für zwei Jahre erfolgt ist, sei es nicht sinnvoll bereits jetzt eine Festlegung vorzunehmen. In den folgenden zwei Jahren könnten sich die Grundlagen der Energieversorgung ändern, sodass durch die Beschlüsse der Gremien eine zeitnahe Entscheidung möglich sei.

Beschluss zum Änderungsantrag der CDU

7 Ja-, 3 Nein-Stimmen, eine Enthaltung ■

SPD-Fraktion begrüßt und unterstützt die Verwaltungsinitiative zur Kooperation mit der Metropolregion Hamburg.

Zur Sitzung des Kreisausschusses für Planung und Wirtschaft am 25. 5. 2011 beantragte die Verwaltung die Zustimmung des Ausschusses zur Kontaktaufnahme mit der Geschäftsstelle der Metropolregion Hamburg, um Möglichkeiten einer Zusammenarbeit auszuloten. Diese Initiative der Verwaltung wird von der SPD-Kreis-

tagsfraktion ausdrücklich begrüßt, zumal wir uns praktisch zeitgleich darauf vorbereitet haben, entsprechende Anträge die wir bereits jeweils Anfang 2006 und 2010 eingebracht hatten, aktualisiert zu wiederholen. Wir hatten dabei schon auf die verschiedensten Vorteile verwiesen, die eine offizielle Kooperation oder Mitgliedschaft

mit der Metropolregion bringen würden.

Zu unserer Überraschung haben 2006 CDU und FDP entgegen den – unserem Anliegen entsprechenden – Intentionen der Landesregierung den Prüfungs- und Berichtsantrag an die Kreisverwaltung abgelehnt.

Fraktionschef Rüder bezeichnete das als wenig sinnvoll, was wir als sehr kurzfristig und ganz bestimmt nicht zum Vorteil für Ostholstein betrachten.

In der Ausschusssitzung am 24. 2. 2010 schwiegen die CDU und FDP-Fraktion zu dem erneuten Berichts Antrag unserer Fraktion. Wieder kein Fortschritt für Ostholstein! Dafür vertrat nun Landrat Sager kategorisch den ablehnenden Standpunkt, die Grenzen der Metropolregion seien klar definiert und stünden fest. Verflechtungen mit Lübeck und auch Hamburg hätten (nur) mittelbare Auswirkungen auf Ostholstein.

Das klang sehr nach Basta! Wer sich nicht einmisch, kann auch nichts bewirken.

Nachdem sich aber der absehbare von der EU geförderte Trend verfestigt hat und endgültig klar geworden ist, dass die wirtschaftliche Entwicklung des Landes grundsätzlich auch losgelöst von einer festen Fehmarnbeltquerung insbesondere zwischen den Metropolen Hamburg und Kopenhagen zur Öresund-Region vorangetrieben werden soll und auch Lübeck sich bereits in diesen Prozess eingeklinkt hat, kann Ostholstein hier nicht länger

abseits stehen. Nicht nur die geographische Lage, sondern insbesondere auch die Tourismusförderung als eines der wesentlichen gemeinsamen metropoliten Entwicklungsziele macht eine Zusammenarbeit mit Ostholstein notwendig. Nach wie vor ist die Lübecker Bucht so etwas wie der Hausstrand Hamburgs. Eine intensive Mitarbeit z.B. in den Facharbeitsgruppen Tourismus, Siedlungsentwicklung, Naturhaushalt, Verkehr und Klimaschutz ist längst angefragt.

Aus dem Projekt MORO – der großräumigen Entwicklungszusammenarbeit der Metropolregionen in Nordeuropa – ergibt sich zwangsläufig eine verstärkte Entwicklungsaktivierung nach Norden, der sich Ostholstein faktisch gar nicht entziehen kann und auch nicht länger sollte. Die Verwaltung hat in ihrer Vorlage hierzu eine Reihe von weiteren wichtigen Gründen aufgeführt, die hoffentlich die bisher doch sehr großspurige Ablehnung einer Zusammenarbeit mit der Metropolregion Hamburg von Seiten der CDU-Kreistagsfraktion beenden hilft. Wir werden uns im Sinne des Antrags einbringen und hoffen auf entsprechende Unterstützung aus den

organisierten Bereichen von Wirtschaft, Handwerk und insbesondere Tourismus aus unserer Region.

Es muss doch zu denken geben, wenn in der Öffentlichkeitsarbeit der Metropolregion Hamburg z.B. der Heidepark Solttau einen ganz anderen Stellenwert hat, als der Hansa-Park in Sierksdorf. Besungen werden z. B. der Wilseder Berg und die Elbtalau als Vogelschutzgebiet. Der Bungsberg ist höher, geologisch interessanter und wäre bei einer Mitgliedschaft Ostholsteins mit 169 Metern die derzeit höchste Erhebung der Metropolregion Hamburg. Unsere Naturschutzgebiete im Nordkreis haben international mindestens eine vergleichbare Bedeutung wie die Elbtalauen. Die urbane Bedeutung von Lüchow und Dannenberg im gleichnamigen niedersächsischen Landkreis haben Oldenburg, Eutin, Neustadt und Bad Schwartau allemal, mit dem Vorteil, dass von unseren Minimetropolen die Kapitalen der Metropolregionen Kopenhagen und Hamburg ungleich schneller zu erreichen sind. ■

Burkhard Klinke
SPD Kreistagsfraktion

Thema Gesundheit stößt auf großes Interesse

Der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Bernd Heinemann referierte am 31. Mai in Schusters Gaststätte über die Folgen der schwarz-gelben Gesundheitspolitik und die damit verbundene drohende medizinische Unterversorgung im ländlichen Raum, sowie den negativen Auswirkungen für die gesetzlich Versicherten.

Ihnen droht bei steigenden Kosten eine zusätzliche Kopfpauschale, die unabhängig von der Höhe des Einkommens ist. Zusatzbeiträge bis zu 80 € im Monat sind dann keine Utopie mehr. Dazu wird die Zahl der Ärzte in strukturschwachen Gegenden weiter abnehmen und in reichen Regionen wird es dagegen mehr Ärzte geben. Deshalb fordert die SPD die Einführung einer Bürgerversicherung. Zurück zur solidarischen und paritätischen Krankenversicherung, die alle Bürger in das neue gerechtere System einbezieht.

◆ Schwarz-Gelb steht für die Kopfpauschale: Gesetzlich Versicherten droht bei steigenden Kosten eine zusätzliche Kopfpauschale, die unabhängig von der Höhe des Einkommens ist.

◆ Die SPD steht für die Bürgerversicherung: Alle zahlen entsprechend ihres Einkommens in die Krankenkassen ein. Wer weniger verdient, zahlt weniger. Wer mehr verdient, zahlt mehr.

◆ Mit Schwarz-Gelb werden die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mehr belastet. Die Beiträge der Arbeitgeber werden eingefroren. Wenn die Kosten im Gesundheitswesen steigen, zahlen allein die Versicherten drauf.

◆ Die SPD will, dass Arbeitgeber gleich viel zahlen: Die Arbeitgeber zahlen genau so viel in die Krankenversicherung ein wie die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

◆ Schwarz-Gelb steht für Vorkasse beim Arzt: Patienten sollen Behandlungskosten im Voraus privat bezahlen. Tun sie dies nicht, drohen lange Wartezeiten. Lassen sie sich darauf ein, bleiben sie auf den Kosten sitzen, die über die Vergütung der Krankenkassen hinaus gehen.

◆ Die SPD steht dafür, dass die Krankenkasse zahlt. Ärzte rechnen alle medizinisch notwendigen Leistungen direkt ab. Niemand muss vorleisten, um schneller ei-

nen Termin zu bekommen. Niemand bleibt auf überhöhten Arztrechnungen sitzen.

◆ Schwarz-Gelb steht für eine lückenhafte Versorgung: Die zunehmende Privatisierung des Gesundheitssystems führt dazu, dass die Zahl der Ärzte in strukturschwachen Gegenden weiter abnehmen wird. In reichen Gegenden wird es dagegen mehr Ärzte geben.

◆ Die SPD steht für Versorgung, wo sie gebraucht wird: In einem solidarisch finanzierten System gibt es auch auf dem Land genug Ärzte. Denn das Geld wird nach dem Bedarf der Patienten verteilt.

◆ Schwarz-Gelb bedeutet die Benachteiligung gesetzlich Versicherter: Das Geschäftsmodell der privaten Kassen, die sich die gesunden und zahlungskräftigen Kunden aussuchen dürfen, wird gestärkt. Die gesetzlich Versicherten müssen dies durch höhere Kosten ausbaden.

◆ Die SPD will, dass niemand benachteiligt wird. Egal ob privat oder gesetzlich versichert – die Bürgerversicherung ermöglicht allen beste Versorgung. ■

Rolf Horstmann

Geehrte Genossinnen und Genossen,

ich vermute, dass jeder von Euch in den letzten Jahren schon mal den Begriff Bürgerversicherung gehört hat und sich vielleicht auch Gedanken darüber gemacht hat oder versucht hat, zu verstehen, was damit gemeint ist.

Bei der Erstellung unseres – jedes Jahr – sehr interessanten Programmes haben wir uns damit auch befasst und wollten für Euch etwas tiefer einsteigen, in der Hoffnung nach einer sachbezogenen Veranstaltung etwas klüger zu sein. Deshalb haben wir nach dem kompetentesten Menschen auf diesem Gebiet in SH und der SPD gesucht.

Mit Andreas Hering, dem Kreis- und Fraktionsvorsitzenden der SPD der Stadt Neumünster, zugleich Landesvorsitzender der SPD-Landes-AG Gesundheit und Referenten für neue Versorgungsformen in der Direktion der AOK Schleswig-Holstein, hatten wir dann unseren Mann für dieses Thema gefunden.

In unserer Veranstaltung am 25. Mai lernten wir nicht nur einen hoch engagierten und sehr wissenden Genossen kennen, sondern erlebten auch eine sehr lebendige Veranstaltung bei der die Besucher – leider wie so oft trotz aller Motivationsversuche nur knapp über 20 Genossinnen und Genossen – diverse und vielseitige Fragen stellten und freudig diskutierten. Am Ende jedoch, konnte man sagen, wie es in Goethes Faust heißt: „Da steh` ich nun ich armer Tor und bin so klug als wie zuvor“ und das lag nicht an Andreas Hering. Sondern daran, dass die Entscheidungen zu

♦ Pro und Contra Bürgerversicherung und/oder

♦ Kopfpauschale/Kopfprämie/Bürgerprämie

noch auf allen Ebenen der Parlamente, speziell im Bundestag, von den Gesundheitsministern der Länder, den Parteien und den Krankenkassen diskutiert, aber nicht zu Ende gebracht werden.

Seit vielen Jahren wird darüber nachgedacht wie das Gesundheitssystem jetzt und in Zukunft finanziert werden soll und

taucht die Frage auf: Sollen wir alle – in einer Bürgerversicherung vereint – solidarisch unseren Beitrag leisten oder hat sich das System zweier Krankenkas-

sen – einer gesetzlichen und einer privaten – bewährt? Circa 85% der Bürger sind heute in einer gesetzlichen Krankenkasse und nur 15% (z.T. Beamte, Selbstständige, Mitarbeiter in Verwaltungen und Politiker) sind Privat versichert (wobei dies nur die Krankenkassen betrifft und nicht die Sozialversicherung, aber es gibt auch Modelle, die diese mit einschließen).

Mit dem Begriff Bürgerversicherung oder Volksversicherung werden – laut Wikipedia – in Deutschland zumeist Vorschläge zur Umgestaltung der Krankenversicherung bezeichnet. Die Grundidee der Bürgerversicherung ist, alle Bürger mit allen Einkünften (also auch aus Kapitaleinkünften bis zur Beitragsbemessungsgrenze) in die Finanzierung der Gesundheitsversorgung einzubeziehen. Ein Ziel ist, die Einnahmeseite der gesetzlichen Krankenversicherung zu verbessern. Zum anderen soll mehr Gerechtigkeit innerhalb dieses Systems erreicht werden. Dagegen steht die Absicht, dass mehr Wettbewerb der Versicherer auch die Qualität und Wirtschaftlichkeit der Gesundheitsversorgung verbessern würde, so die sachliche Darstellung bei der Enzyklopädie Wikipedia.

Während sich Prof. Dr. Dr. Karl Lauterbach, MdB und gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, für die Bürgerversicherung und damit Beteiligung aller Bürger mit allen Einkommensarten an der Krankenversicherung und der Pflegeversicherung, mit dem Ziel die Beiträge zu senken, einer Effizienzsteigerung und Gewährleistung von Gesundheitsversorgung ausspricht, ist Bert Rürup für das Modell Kopfpauschale.

Die Bürgerversicherung soll alle Bürgerinnen und Bürger versichern. Die heutige Ungleichbehandlung für privat Versicherte wird abgeschafft (andere Modelle präferieren: Wer bisher privat versichert ist, bleibt es auch, nachrückende Generationen gehen gleich in die Bürgerversicherung).

Die Bürgerversicherung soll die Beitragssätze senken und Entlastung bei den Arbeitnehmern wie Arbeitgebern schaffen, aber es darf nicht sein, dass bei Erhöhung der Beitragssätze nur der Arbeitnehmer belastet wird und die jeweilig bestehende Stufe beim Arbeitgeber eingefroren wird, wie es bei der Kopfpauschale angedacht ist. Eine Entlastung käme durch die Versicherungsbeiträge auf die hohen Einkommen der bisher privat Versicherten

und Beiträge auf andere Einkünfte (insbesondere Zinseinkommen und Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit) zustande.

Gewinner sollen dabei Familien, Rentner und Geringverdiener sein. Höhere Belastungen könnten für Personen mit einem hohen Zinseinkommen entstehen. Im Kern besteht die Bürgerversicherung, laut Prof. Lauterbach, und so sah es auch Andreas Hering, aus zwei Teilen, der

♦ Ausweitung der solidarischen Krankenversicherung auf alle Bürger und der

♦ Ausweitung der Berechnung der Beiträge auf möglichst alle Einkommensarten.

Dies umzusetzen ist ein langer Weg, der weder der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) noch den sonstigen Lobbygruppen, die sich schon Ulla Schmidt in den Weg stellten, gefällt. Während der großen Koalition gab es im Prinzip nur Gesundheitsreförmchen. Sollte die Bürgerversicherung als eine Einheitsversicherung gesehen werden, ohne Selbstbeteiligungsmöglichkeiten oder besondere Leistungsmöglichkeiten, gibt es für sie bei der jetzigen Bundesregierung kaum eine Realisierungshoffnung. Auch für die in Schweden beispielsweise praktizierte Krankenkassenfinanzierung über Steuern statt des Umlageprinzips, gibt es in deutschen Politikerüberlegungen, allerdings nur wenig Chancen auf Realisierung.

Im Grundsatz schwanken derzeit sowohl Politiker als auch Experten, aber auch die, zum Teil angeschlagenen, Krankenkassen. Die Bürgerversicherung ist also ein weites Feld, zwar immer wieder im Gespräch aber von keiner Seite bis ins Detail ausgearbeitet und hoffentlich keine unendliche Geschichte, denn ein modernes und zukunftsfähiges bzw. dauerhaft leistungsfähiges und finanzierbares Gesundheitssystem wird immer noch gesucht.

Unabhängig von der Suche nach Lösungen im Bereich Gesundheit, haben die Kreis-Vorstände der AG 60plus und der Jusos abgesprochen, eine AG mit jeweils drei bis vier Personen zu bilden, die sich konstruktiv bis hin zu Anträgen an den Kreisparteitag, mit dem Thema demografischer Wandel und Finanzierbarkeit der Sozialversicherungen und Renten befassen. Leider ist festzustellen, dass jungen Menschen die Zukunft kaum noch finanzierbar und freudig erlebbar erscheint. ■

Im Namen des Vorstandes

Alfred Welack

Kreisvorsitzender der AG 60plus OH

60 plus

SPD